

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1921 Nr. 548 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 214

Bezugspreis: monatlich 1.20, vierteljährlich 3.50, halbjährlich 6.50, jährlich 12.00. (Postgebühren eingeschlossen.)
Morgens-Ausgabe
Anzeigenpreis: Die Spalte 10 Zeilen 100 Mark, die Spalte 20 Zeilen 200 Mark, die Spalte 30 Zeilen 300 Mark, die Spalte 40 Zeilen 400 Mark, die Spalte 50 Zeilen 500 Mark, die Spalte 60 Zeilen 600 Mark, die Spalte 70 Zeilen 700 Mark, die Spalte 80 Zeilen 800 Mark, die Spalte 90 Zeilen 900 Mark, die Spalte 100 Zeilen 1000 Mark.
Gedruckte Beilage: Sonntagsausgabe Nr. 100. Fernruf Nr. 1000. Fernschreiber Nr. 1000.
Eigene Fernschreiber-Schreibmaschine. — Druck: Anstalt von Otto Thiele, Halle-Saale.

Nach Stimmes Rathenan

Rathenan und Simons in London

„Morning Post“ berichtet, daß Dr. Rathenan und Dr. Simons heute in London eingetroffen seien. Die Downing Street stellt die Wohnung eines Berliner Mathe, wozu Lloyd George mit Stimmes zusammengekommen ist, in Würde.
Dem „Journal“ wird aus London berichtet, man erwartet jetzt in der kommenden Woche Lord B'ernon, den Vertreter der Reparationskommission, sowie zwei Sonderdelegierte, die an Ort und Stelle die deutsche Frage nachzugehen hätten. Der Berichterstatter sagt, wenn es unternommen sei, solle die englische Regierung die Mittel prüfen, wodurch man Deutschland für die Regelung der Reparationsfrage helfen könne.

Deutschland und Washington

„Washington Herald“ berichtet, daß Deutschland in Italien ebenso wie in Frankreich, daß Deutschland zur Washingtoner Konferenz eingeladen wird. Ein amerikanischer Vertreter sollte mit, daß England und die Vereinigten Staaten bereits Schritte getan hätten, um Deutschland auf die Konferenz zu bringen.
Wie der „New York Herald“ sich aus Washington melden läßt, sind angenommen, die Meinung Harding's geht dahin, daß Deutschland durch seine Mitgliedschaft in der Gesellschaft der Nationen und die damit freiwillig übernommenen Verpflichtungen zu unmittelbar und vollständig gefunden sei, daß Deutschland in seinem nächsten Schritte, das ihm ein stiller deutscher Angriff berechnete, freisetzt würde. Frankreich werde mit Deutschland in Washington an demselben Verhandlungstisch zusammenzusetzen, wenn die Vereinigten Staaten es unternähmen, mit Frankreich die Verhandlung zu teilen, daß die Bezahlung der deutschen Reparationsverpflichtungen sichergestellt sei. Die Deutsche hätte den Oberkommanden geteilt, der gefordert habe, Frankreich sei willens, die in Wiesbaden begonnene Politik fortzuführen, und würde dies so lange tun. Die Japaner hätten, sagt der Bericht, den Vertrag von Versailles nicht als ein gültiges Dokument angesehen, daß Frankreich auf politischem Gebiet rundweg weigert, unter den gegenwärtigen Bedingungen mit Deutschland auf einer internationalen Konferenz auf gleichem Fuße zusammenzusetzen. General Berch ist, die vorgeschlagene Vereinigung der Nationen sei noch nicht definiert, aber das, was man hier und da hört, ergibt sich, daß es sich um den alten Widerstand handelt, mit möglicherweise einigen Vorbehalten, mit anderen Worten.
Paris, 28. November.

Simons hat sich über die Möglichkeit einer Teilnahme Deutschlands an den Anfang nächsten Jahres kommenden weiteren Konferenzen ausgesprochen. Simons sagte, er sei sich nach wie vor dem Eintritt Deutschlands in die Gesellschaft der Nationen widersetzlich, was es durch fortgesetzte Aufschüttelung seiner Rechte über die ihm begangene offensichtliche Verletzung der „Mandatsrechte“ hinweggehen habe. Die gleiche Briefe unterliegt sich allgemein die Möglichkeit des französischen Delegierten in Washington. Der „Journalist“ glaubt nicht einmal an die Möglichkeit der amerikanischen Delegierten. Das Blatt schreibt: Frankreich habe die Einladung nach Washington nur unter der Bedingung angenommen, daß sie nur alliierten und assoziierten Nationen offen bleibe. Es wäre zu offensichtlich, daß Deutschland nur zu dem Zweck nach Washington kommen würde, um eine Revision des Friedensvertrages von Versailles zu erlangen. Frankreich hat sein Ziel noch nicht verloren, daß die „Liberte“ behauptet, Deutschland habe überhaupt keine Berechtigung, sich über die Entlohnung zu äußern.
Simons geht die französische Delegation gegen Deutschland als Gefahr zu den erwartenden Debatte in der Pariser Kammer. Er hat Simons im Gerede national in Washington und die Konferenzteilnehmern über die Möglichkeit, daß die Vereinigten Staaten an der Konferenz teilnehmen, ebenfalls soll der gegen Konferenz eine längere Dauer gegeben werden. Auch ein längerer Verlauf der Kommission für Flugwesen werde für

wünschenswert gehalten, ebenso eine ständige Abfertigung zur Regelung der U-Bootsfrage. „New York Herald“, der dies meldet, behauptet weiter, daß für die nächste Zukunft seine Aussicht für eine weitere öffentliche Sitzung des Ausschusses für den Fernen Osten bestehe. Staatssekretär Hughes habe erklärt, man würde erst dann wieder Vorstellungen einbringen, wenn etwas Ergünstigtes erreicht wäre. Ihm den Delegationen Gelegenheit zu geben, Meinungen in der Heimat zu verbreiten, wird sich die Konferenz möglicherweise in der ersten Dezemberhälfte vereinigen.
Lloyd George nach Washington
w. New York, 28. Nov.

„Chicago Tribune“ meldet aus Washington: Lloyd George liegt nach Meldung aus unterrichteter Quelle viel daran, sich mit Harding und Hughes über die von Harding vorgeschlagene Gesellschaft der Nationen zu besprechen. Dies erklärt seine ständige Besetzung von Plätzen auf der „Lantonia“. Man nimmt an, die Wächtig, zum Schluß der Verhandlungen zu gelangen, ohne daß Deutschland befragt wird, habe wesentlich dazu beigetragen, Lloyd George zur Welt nach Washington zu bestimmen. Es sei keine Möglichkeit, daß die Engländer beiseite sind, für die Lage Deutschlands irgend etwas zu tun, was Deutschland wieder auf eine Grundabstimmung, auf der es möglich wäre, mit ihm Handel zu treiben, und gleichzeitig die Franzosen zu veranlassen, ihre Deesertärker herabzusetzen. Eine weitere wichtige Aufgabe in Washington ist eine zurechtfindende Regelung intersekt der amerikanischen Einwände gegen das englisch-japanische Bündnis.

Frankreichs Deffimung

Dem „Echo de Paris“ wird aus Washington gefolgt, die Rede Curtons habe dort wie eine Bombe eingeschlagen. Man habe darin einen Stoß gegen das bereits stichwiegend getroffene Abkommen erblickt, das Problem der Abweisung zu Lande nicht ernstlich zu behandeln. Dieses Abkommen wäre von Hughes und Balfour in späteren Erklärungen bekräftigt worden. Balfour glaube immer noch, daß es das beste Mittel wäre, die Beziehungen zu Hughes über die Entlohnung zur See zu kompromittieren, wenn man sie durch die von Lord Curton empfohlene Art vermeiden könne. Man glaube in Washington, Lord Curton habe sich durch seine Rede die Möglichkeit vorbehalten, „wollen“, „französisch“ anzugreifen, falls die Konferenz von Washington zu keinem Ergebnis führe, und er habe so den Sturm der öffentlichen Meinung in Amerika, der dann gegen England entsetzt wurde, von vornherein ablenken wollen. Außerdem habe Curton aus der Debatte vom Mittwoch geschlossen, daß die Vereinigten Staaten eine vollständige Politiik haben beabsichtigen wollen, die er hätte aufhalten wollen. Zu der französischen Delegation verbeugliche man nicht, daß jeder Versuch auf der Konferenz, die Debatte vom Mittwoch wieder zu eröffnen, die Zurückziehung der französischen Delegation zu Folge haben würde. Was die Frage der Abweisung zur See anbelange, so werde Frankreich möglicherweise einfach verlangen, daß man sein Flottenprogramm, dessen Erfüllung durch den Krieg unterbrochen wäre, aus erfüllt ansetze, und werde nur einen geringen Anteil von Unterseebooten und Hilfskräften verlangen. Der Berichterstatter glaubt darauf hinwirken zu müssen, daß die Entlohnungen, die auf der Konferenz beruhen, gegen Frankreich seien. Unversehrte hätte Frankreich in die Defensive gedrängt worden, zumal die Konferenz ohne Weiteres das schädeln Improvisierungen, die von dem Druck der wechselnden öffentlichen Meinung abhängen, getrieben würde; es wäre unmöglich vorauszusetzen, was der nächste Tag bringen werde.
*
Curtonen erklärte in einer Rede in Derby, es bestche wenig Aussicht darauf, daß die Washingtoner Konferenz zu irgendeinem annehmlichen oder dauernden Einverständnis zwischen den Alliierten führe, wenn nicht allgemeine internationale Konferenzen abgehalten würden.
„Observer“ schreibt, Wien und seine Marinemaßnahmen hätten der Konferenz den Boden ausgeglitten. Frankreich fordere Macht zu Lande, zur See und in der Luft, die ihm die Überlegenheit über alle seine Nachbarn sicherte. Frankreich würde damit zum Diktator über West- und Mitteleuropa, Beherrscher des Mittelmeeres und Souverän in der Türkei, wenn noch die ausgedehnten Ostafrika- und die selbstüberdrückenden Reparationsleistungen, sowie eine weitere Bekräftigung Deutschlands durch die Alliierten, wobei das militärische Gewoz unendlich würde. Dies sei nicht das Programm, das England oder Italien auch nur für den Augenblick annehmen könnten.

Im weiteren Verlauf der Sitzung, an der auch Hugo Stimmes teilnahm, wurde die Antwortnote Hughes besprochen. Es entwickelte sich eine längere Erörterung, an der auch Reichsminister Brüch teilnahm, über die Frage, ob eine internationale Konferenz über die Reparationsfrage möglich sei. Die Antwortnote wurde als ungenügend bezeichnet. Die weitere Mitteilung wird, daß sich Hugo Stimmes an der Debatte vorläufig nicht beteiligte. Reichsminister Brüch unterrichtete den Ausschuh über die bereits fertig vorliegende Note. Sie geht davon aus, daß die deutsche Reichs-

regierung Staatssekretär Hughes entgegen dem Standpunkte Wendens von ihrer Haltung in Kenntnis setzt. Das ist nach der Ansicht der Redner, die zum Worte kamen, vollstrecklich gar nicht haltbar, und das mag der Ausschuh bei der Arbeit zu seiner abtönenden Haltung bestimmt haben, die, wie uns mitgeteilt wird, allgemein war. Es ist kaum damit zu rechnen, daß die Note abgeht.

Die Not der Junglehrer

Von R. G. Reichhelfer, Mitglied des preussischen Landtags.
Bei den Beratungen des Sachverständigenausschusses im preussischen Landtage nahm die Frage der Lehrerbildung einen breiten Raum ein. Soweit sie bespricht, die bisherige Ausbildung der Volksschullehrer zu befrichtigen und auch die Bedingungen des preussischen Landes den Volksschullehrern zu sichern, ist sie sehr wichtig. Hier muß ich dahin gestellt werden, daß die Vorbereitung auf einer anerkannten höheren Schule, denen deutsche Oberstufe und Marktschule gleichwertig auf Seite treten, am Grundbild wird, für die Bildung der Frage, auf welche Art und Weise die beste Ausbildung erreicht werden wird, ist aber noch Zeit vorhanden, denn Preußen wird noch auf Jahre hinaus mit einem sehr großen Ueberfluß an Schulamtsbeamten zu rechnen haben.

Geradezu erschreckend wirken die Zahlen einer amtlichen Statistik über die Schulamtsbeamten- und -lehrerinnen nach dem Stande vom 20. Juni 1921. Es waren 12 (50) evangelische und 5776 katholische Bewerber vorhanden bei einer Gesamtstufenzahl von 8 537 Lehrstellen, so daß auf 100 Stellen 21 Bewerber kommen. Bei den Lehrerinnen ist das Verhältnis noch unangünstiger; hier sind gegenwärtig 2544 Stellen 8236 Bewerberinnen vorhanden; d. h. auf 100 Stellen kommen 27 Bewerberinnen bzw. 33 katholische Bewerberinnen. Bei dieser Aufstellung ist das beste Oberstufen nicht berücksichtigt. Dort sind noch 922 Bewerber und 333 Bewerberinnen vorhanden, so daß am 20. Juni 1921 insgesamt 27 367 Bewerber vorhanden waren. Dazu kommen noch in den folgenden Jahren aus den Lehrerbildungsanstalten zur Entlohnung: 1922: 7000 Bewerber und 1000 Bewerberinnen; 1923: 5000 Bewerber und 900 Bewerberinnen; 1924: 5000 Bewerber und 900 Bewerberinnen; 1925: 5000 Bewerber und 400 Bewerberinnen; 1926: 1200 Bewerber und 900 Bewerberinnen. Zu den schon vorhandenen Bewerbern kommen also in den nächsten fünf Jahren noch 28 800. Damit aber noch nicht genug, werden wir in nächster Zeit mit einem Einstromen von einigen tausend Lehrern aus dem verlorenen Oberstufen zu rechnen haben.

Ganz besonders schwer leiden die katholischen Amtwärter. Treuen hat die Landesoberste, die uns der Schandbriefchen von Versailles erwirbt, mit Ausnahme von Einzelfällen, Kolonnen allein getragen, und es sind vornehmlich katholische Gegendern, die wir abgeben mußten. So waren ohne Berücksichtigung in den abgetretenen Gebieten 1910 von der entsprechenden Bevölkerung 2 240 706 Katholiken gegenüber 1 409 705 Evangelischen. Das heißt, besonders die katholischen Amtwärter, die zumunter ihrer geistlichen Glaubens- und Amtsgenossen auf Einstimmung ins Amt verdrängen mußten. Es wird daher notwendig werden, daß die anderen deutschen Staaten einen Teil des Ueberflusses der katholischen Lehrkräfte an Preußen übernehmen damit Preußen zu einem einigermaßen erträglichen Zustande kommt. Das fordert eine von den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie im Landtage einbrachte Entschickung: Die Staatsminister müßten möge, daß der Reichsregierung mit allen Nachdruck dahin wirken, daß die Unterbringung der aus den abgetretenen Gebieten verdrängten Lehrer und Lehrerinnen der Schulverwaltung von allen deutschen Ländern annehmbar und gleichmäßig erfolgt und daß die aufzuwendenden Gelder die auf die entsprechenden Anteile der in Preußen noch unterzubringenden Lehrer sofort übernommen.

Aber noch ein anderer Umstand wird für die Pausenlehrer sehr verhängnisvoll werden. Der Krieg hat eine sehr erhebliche Senkung der Geburtsraten gebracht. Die Zahlen der Lebendgeborenen sind für die Jahre 1914 bis 1918 nacheinander: 1 166 500, 890 000, 676 023, 604 534, 610 205. Von der Bevölkerung waren am 1. Dezember 1910 unter 19 Jahren 3 540 422, am 8. Oktober 1919 dagegen nur 1 393 403. Diese Zahlen stimmen mit aller Deutlichkeit, daß jeder die Schulinderzahl und damit auch die Klassenzahl ganz erheblich sinken wird. Die großen Städte bedürftigen schon jetzt eine Zusammenlegung von Klassen vorzunehmen. Das führt zu einer Verringerung der Lehrer verringert und die Zahl der Stellenzahl der Lehrer verringert und die Zahl der Stellenzahl der Lehrer verringert und die Zahl der Stellenzahl der Lehrer verringert.

Die Antwort an Hughes

Berlin, 28. November.
Wies demittet trat im Reichstage der Ausschuh der Reichsminister zusammen, um sich zunächst über den deutsch-französischen Vertrag zu unterhalten. Staatsminister Brüch sprach vom Reichsfinanzministerium machte die Mitteilung. Der Ausschuh trat dann in die Verhandlung des zweiten Punktes der Tagesordnung ein, der die Verhandlungen in Smolensk betrafte.

Wies demittet trat im Reichstage der Ausschuh der Reichsminister zusammen, um sich zunächst über den deutsch-französischen Vertrag zu unterhalten. Staatsminister Brüch sprach vom Reichsfinanzministerium machte die Mitteilung. Der Ausschuh trat dann in die Verhandlung des zweiten Punktes der Tagesordnung ein, der die Verhandlungen in Smolensk betrafte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192111291-10/fragment/page=0001

Die hiesige Industrie und die Dresdener Regierung

Die hiesige sozialistische Regierung hat bekanntlich gegen die Abschaffung der Industrie... Die hiesige sozialistische Regierung hat bekanntlich gegen die Abschaffung der Industrie...

Kaiser-Wilhelm-Institut für Eisenforschung, Düsseldorf

In Gegenwart von Vertretern des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Kultusbildung... In Gegenwart von Vertretern des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Kultusbildung...

Die Wissenschaft sollte der Praxis dank, denn so gewiß tiefes Institut aus der Praxis dienen sollte... Die Wissenschaft sollte der Praxis dank, denn so gewiß tiefes Institut aus der Praxis dienen sollte...

Wirtschaftsdirektor Geh. Reg.-Rat Professor Dr. Emil Weydemann... Wirtschaftsdirektor Geh. Reg.-Rat Professor Dr. Emil Weydemann... Wirtschaftsdirektor Geh. Reg.-Rat Professor Dr. Emil Weydemann...

zunehmende Wert der... zunehmende Wert der... zunehmende Wert der... zunehmende Wert der...

Aktiengesellschaften

Einer auf der öffentlichen Generalversammlung... Einer auf der öffentlichen Generalversammlung... Einer auf der öffentlichen Generalversammlung...

Waldenfabrik Witten, A.-G. Magdeburg... Waldenfabrik Witten, A.-G. Magdeburg... Waldenfabrik Witten, A.-G. Magdeburg...

Geldmarkt und Banken

Bank für Landwirtschaft A.-G., Berlin... Bank für Landwirtschaft A.-G., Berlin... Bank für Landwirtschaft A.-G., Berlin...

Industrie, Handel, Handwerk

Mahlmöhlen gegen Landesproduzenten... Mahlmöhlen gegen Landesproduzenten... Mahlmöhlen gegen Landesproduzenten...

163,50 Pf. — Die aus Amsterdam... 163,50 Pf. — Die aus Amsterdam... 163,50 Pf. — Die aus Amsterdam...

Börsenberichte

am Devisenmarkt veranlassen... am Devisenmarkt veranlassen... am Devisenmarkt veranlassen...

Am 28. November... Am 28. November... Am 28. November...

Berliner Produktmarktpreise

Am 28. November... Am 28. November... Am 28. November...

Berliner Metallnotierungen

Table with 2 columns: Metal name and price. Includes items like Arsen-Rott, Kupfer, Zinn, etc.

Leipziger Notierungen

Table with 2 columns: Commodity name and price. Includes items like Chemischer Hypothek, Leipzig-Hypothek, etc.

